lagen. G. 3. II S. 105. (Ausgenommen sind Anlagen, 1) die ein Privatmann für seine eignen Bedürfnisse besitzt und für deren Benutzung eine Vergütung weder direkt noch indirekt entrichtet wird; 2) welche mit Rücksicht auf den Eisenbahnbetrieb längs der Eisenbahnlinien ausgeführt werden; 3) die innerhalb der Grenzen einer Stadt oder eines Landbezirks (Herred) zustandegebracht werden. Strafbestimmungen in § 2.)

- 4) 8. Juni 1881. Gesetz, betreffend den Unterricht abnormer (taubstummer, blinder und geistesschwacher) Kinder. G. 3. II S. 123. (In § 6 Strafandrohungen.)
- 5) 15. Juni 1881. Gesetz wegen Abänderung der Handwerksgesetzgebung. G. 3. II S. 134 (Strafvorschriften in § 31).
- 6) 29. Juni. Resolution des Kronprinzen-Regenten, durch welche das Zuchthaus zu Christiania in eine Strafearbeitsanstalt für die weiblichen Sträflinge des ganzen Reichs verwandelt wird und die übrigen Strafearbeitsanstalten den männlichen Sträflingen vorbehalten werden. G. 3. II S. 177.

18.

Internationale Chronik. ¹⁾

Redigiert von v. Liszt.

I. Deutschland.

Deutsches Reich. Infolge der Entscheidung des Reichsgerichtes vom 8. Oktober 1881, welche den Meineid für strafflos erklärte, falls der von den Behörden abgenommene Eid von den Parteien vereinbart war, hat Sachsen im Bundesrate folgenden Antrag eingebracht: „An Stelle des § 153 St.G.B tritt folgende Bestimmung: Wer vor einer zur Abnahme von Eiden zuständigen Behörde einen Eid wissentlich falsch schwört, wird mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren bestraft.“

Die von mehreren Tierschutzvereinen eingebrachten Anträge auf Änderung des St.G.B. (Bestrafung von Biosektionen) sind vom Reichstage abgelehnt worden.

Das Gesetz betr. die Erhebung einer Berufsstatistik im Jahre 1882 vom 13. Februar 1882, enthält in § 5 Strafbestimmungen (bis zu 30 Mark) gegen wissentlich wahrheitswidrige Beantwortung gestellter Fragen oder Verweigerung der zu machenden Angaben.

Eine Versammlung von Männern der verschiedensten Berufs- und Parteistellungen; welche anfangs März zu Godesberg am Rhein abgehalten wurde, beschloß, in energischer Weise die Agitation gegen das Überhandnehmen des Branntweintrinkens in Angriff zu nehmen.

¹⁾ Die Mitarbeiter und Freunde der „Zeitschrift“, insbes. die im Auslande lebenden, werden gebeten, die Redaktion in ihrem Streben nach Vollständigkeit der „internat. Chronik“ durch freundliche Zusendung von möglichst kurzen Notizen über Gesetze und Gesetzentwürfe, litterarische Erscheinungen, Personalmeldungen u. dergl. zu unterstützen.

Die Petition der Berliner Rechtsanwälte an den deutschen Reichstag vom 25. Nov. 1881 (von dem Bureau des letzteren in liebenswürdiger Weise der Zeitschrift abschriftlich zur Verfügung gestellt) beantragt:

- 1) die Berufung auch gegen die Urteile der Strafkammern zuzulassen;
- 2) in den § 399 St.P.O. einzufügen: daß bei Wiederaufnahme eines durch rechtskräftiges Urteil geschlossenen Verfahrens die Sache niemals derjenigen Strafkammer überwiesen wird, welche das erste Urteil gefällt hat;
- 3) dem § 219 St.P.O. die Zusätze einzuschalten: „Hat der Angeklagte Zeugen oder Sachverständige selbst geladen, so müssen dieselben vernommen werden, ohne daß eine richterliche Prüfung über die Erheblichkeit oder Unerheblichkeit der zu machenden Aussage stattfindet. — Bleiben vom Angeklagten selbst geladene Zeugen oder Sachverständige aus, so müssen diese Zeugen vom Gerichte mit Geldstrafen belegt oder zur nächsten Hauptverhandlung zwangsweise hifitert werden.“

Zur Begründung des ersten Antrages beruft sich die Petition auf die Verhandlungen des Heidelberger Anwaltstages am 12. u. 13. September 1881.

Preußen. Bei Beratung des Justizetats (6. März 1882) tadelte Abg. Günther die schlechte Verteilung der Amtsgerichtsbezirke, die „republikanische“ Organisation der Amtsgerichte, sowie die Bestimmung des § 23 St.P.O. Birchow brachte die Entschädigung unschuldig Verurteilter zur Sprache. Doch wurde kein Antrag gestellt. — Von offiziöser Seite wird betont, daß dem Überhandnehmen von Schlägereien unter Anwendung von gefährlichen Werkzeugen durch Bestimmungen entgegengetreten werden solle, welche das Mitführen von Waffen von der vorgängigen Lösung eines Waffenscheines abhängig machen (St.G.B. § 367 Nr. 9 spricht nur von verborgenen Waffen). — Bei Beratung des Etats des Ministeriums des Innern gab der Regierungskommissar Illing auf eine Bemerkung des Abg. Jungt hin die Versicherung ab, daß die Regierung die Zwangserziehung verwahrloster Kinder stets im Auge behalten werde, und daß gegenwärtig 3500 solcher Kinder in Familien untergebracht seien. — Bezüglich der Gefängnisarbeit wies Illing auf eine Ministerialverordnung hin, nach welcher die Arbeitsunternehmer in Strafanstalten Handwerksarbeiten auf Maß und Bestellung für Personen an Strafanstaltsorten und deren Umkreise nicht liefern dürfen, den Handwerksmeistern, welche mehr als 5 Sträflinge beschäftigen, die gleiche Beschränkung auferlegt, überhaupt aber verboten wird, Glidarbeiten unter den am Orte üblichen Preisen herstellen zu lassen. — Der Staatsanzeiger vom 14. Febr. 1882 bringt eine vom 9. Februar datierte Ministerialverfügung über die Überprüfung der gerichtsarztlichen Gutachten. — Die Befugnis zur Ausweisung nicht legitimer Ausländer steht nach einer Verfügung des Ministers des Innern nur, wenn es sich um Ausweisungen aus dem Reichsgebiete handelt, ausschließlich den Landespolizeibehörden, in andern Fällen auch den diesen untergeordneten Polizeibehörden zu.

Bayern. Nummer 12 des Gesetz- und Verordnungsblattes veröffentlicht das Konkubinatsgesetz vom 20. März 1882. Es lautet: Einziger Artikel. Im 4. Hauptstücke des Polizeistrafgesetzbuches vom 26. Dezember 1871 wird vor Art. 51 folgender neue Art. 50. a eingefügt: Personen, welche durch

fortgesetztes häusliches Zusammenleben in außerehelicher Geschlechtsverbindung zu öffentlichem Argernisse Veranlassung geben, werden an Geld bis zu 45 M. oder mit Haft bis zu 8 Tagen, im Wiederholungsfall an Geld bis zu 150 M. oder mit Haft bestraft und sind durch die Polizeibehörde von einander zu trennen. — Die Kammer nahm am 13. April trotz lebhaften Widerspruches des Justizministers den Antrag auf Verminderung der Landesgerichte und Oberlandesgerichte mit 75 gegen 68 Stimmen an.

Aden. Bei Beratung des Justizetats (Februar 1882) wurde auf die Vermehrung der Eidesbeswörer hingewiesen, die Gehalts- und Rangerhöhung der ersten Staatsanwälte sowie die feste Besoldung der Gerichtsvollzieher angeregt und endlich der Wunsch ausgesprochen, daß die dem Kleingewerbe durch die Gefängnisarbeit gemachte Konkurrenz vermieden werden möge.

II. Belgien.

Der Vertrag zwischen Belgien und Frankreich über den gegenseitigen Schutz der Urheberrechte, des Marken- und Musterrechtes ist von beiden Kammern angenommen worden. — Die Gültigkeit des Gesetzes vom 8. Juli 1880 (7. Juli 1865), betr. die Ausweisung von Ausländern, wurde bis zum 17. Januar 1885 verlängert. — Die Kammern haben den Entwurf eines Fischereigesetzes, eines Jagdgesetzes sowie eines die Artt. 59 u. 60 des Code pénal (Strafhäufung bei Zusammentreffen strafbarer Handlungen) abändernden Gesetzes angenommen. — Eine Kommission des Abgeordnetenhauses beschäftigt sich gegenwärtig mit dem Entwurfe eines die St. P. O. abändernden Gesetzes. Die Berichte über die beiden ersten Bücher des Code de pr. pén. (Berichterstatter Thonissen) wurden bereits auf dem Tische des Hauses niedergelegt. (Mitgeteilt von Prof. Thonissen in Löwen.)

III. Dänemark.

Dem § 200 des dänischen Strafgesetzes gemäß sind Körperverletzungen, welche Wunden oder Beschädigung der Gesundheit nicht verursachen, der Verfolgung des Verletzten überlassen. Nur als Störung des öffentlichen Friedens (auf der Straße u. s. w.) können Gewaltthätigkeiten, welche diesen Charakter nicht haben, polizeilichen Bestimmungen gemäß öffentlich verfolgt und dann mit einer nicht sehr großen Buße geahndet werden. Die öffentliche Meinung findet diese Ordnung unbefriedigend. Eine Interpellation im Reichstage hat eine Änderung der fraglichen Bestimmung des Strafgesetzbuchs angeregt, in der Richtung, daß Gewaltthätigkeiten, auch wenn sie Wunden oder Beschädigungen nicht zur Folge haben, aber auf der Straße oder sonst auf öffentlichem Orte stattfinden, öffentlich wenigstens auf Antrag des Verletzten verfolgt und mit der im Strafgesetzbuche festgesetzten Strafe von Buße oder Gefängnis bestraft werden können. Der Justizminister stellte einen Gesetzesentwurf in dieser Richtung in Aussicht. Einige Äußerungen, welche im Laufe der Beratung dieser Angelegenheit fielen, regten die Frage an, ob die Einführung der Prügelstrafe nicht ein geeignetes Mittel wäre, um der Rohheit und Bestialität gewisser Schichten der Bevölkerung vorzubeugen. Die Frage wurde namentlich in der Tagespresse behandelt; es schien, als ob die

öffentliche Meinung einer solchen Maßregel günstig sei. Nachdem Prof. Goos in einigen Artikeln „über Humanität und Strafe“ die Tendenzen der modernen Strafgesetzgebungen beleuchtet und die Unvereinbarkeit der Prügelstrafe mit diesen dargelegt hatte, scheint die Stimmung etwas ruhiger. — Ein Antrag der Gesellschaft dänischer Frauen, betreffend die Strafe wegen Mißhandlung der Frauen von seiten ihrer Ehemänner, veranlaßte eine Verhandlung im Reichstage. Die nicht sehr strengen Bestimmungen des Strafgesetzes in dieser Beziehung scheinen einer mäßigen Schärfung nicht unfähig. Indes weigerte sich das Volksthing mit 35 gegen 34 Stimmen, den Antrag dem Justizminister zur Inbetrachtung zu empfehlen. —

Für Island sind einige Gesetze, enthaltend strafrechtliche Bestimmungen veröffentlicht worden: Gesetz vom 17. März 1882, betreffend den Schutz der Vögel und der Krentiere; Ges. o. D., betreffend Verbot der Einfuhr von Vieh vom Auslande. (Mitgeteilt von Prof. Goos in Kopenhagen.)

IV. Egypten.

Der Kampf gegen das in jüngster Zeit erlassene Pressgesetz (Zeitschrift II S. 172) hat zur Aufhebung einiger besonders lästiger Bestimmungen, insbesondere in bezug auf die Höhe der Kautions, geführt (Januar 1882).

V. England.

In The Law Magazine and Review unterzieht J. Ringhorn, Barrister-at Law (der in den unmittelbar vorhergehenden Heften dieser Vierteljahrschrift zwei beachtenswerte Artikel: „The Growth of the Grand Jury System“ und „Ought Grand Juries to be Abolished“ veröffentlicht hat), die „preliminary investigation of Crime“ in England einer scharfen, auch für die kontinentalen Juristen interessanten Kritik. Er tabelt zunächst den Wegfall des Verhörs der Angeeschuldigten (seit 1848), die „Donquichottische“ Fürsorge für den Verbrecher, „who is almost invited not to say anything,“ und wendet sich dann gegen die von der neueren Praxis beliebte Ausdehnung des Vorverfahrens. — Die Thronrede kündigte die Wiedervorlage der Criminal code bill an (Times, 8. Februar 1882).

Die Vernacular Indian press law vom 14. März 1878, durch welche die einheimisch-indische Presse der Zensur unterworfen, Kautionszwang, Verwarnung durch die politische Behörde und als Folge der zweiten Verwarnung Kautionsverfall und Einziehung der Druckerpressen eingeführt wurde, wurde durch die Preßakte vom 19. Januar d. J. aufgehoben. Das Gesetz war in den vier Jahren seiner Gültigkeit nur einmal zur Anwendung gebracht worden.

VI. Frankreich.

Der Entwurf, durch welchen das Gesetz von 1849 über die Ausweisung von Ausländern nach der Richtung hin abgeändert werden soll, daß die Ausweisung von einer vorangegangenen gerichtlichen Aburteilung abhängig gemacht wird, ist im Ausschusse der Deputiertenkammer mit 6 gegen 5 Stimmen angenommen worden. — Dem Oberrate für die Gefängnisse wurde am 7. Febr. 1882 von dem Minister des Innern, René Goblet, ein Plan zur besseren Einrichtung der Gefängnisarbeit in den maisons centrales vorgelegt. Ein Ausschuß des Oberrates beschäftigt sich mit der Frage der De-

portierung rückfälliger Verbrecher. Die von den Deputierten Zullien, Greppe u. a. am 1. Dez. 1881 eingebrachte proposition de loi contre les récidivistes (Deportation von 5 bis 20 Jahren beim vierten Rückfall) ist im Bulletin de la soc. gén. des prisons VI S. 88 ff., der Entwurf von Walbed-Roussseau und Martin-Jeuillée das. S. 292 mit den Motiven abgedruckt. — Der vom Ministerrate am 14. Febr. 1882 angenommene Entwurf über die Reform des Richterstandes hebt 7 Appellationsgerichte und einen Teil der Tribunale erster Instanz auf. Die Reform soll binnen drei Monaten ausgeführt werden. — In der Sitzung der Deputiertenkammer vom 18. März 1882 legte der Justizminister einen Gesetzentwurf vor, nach welchem der Eid durch eine feierliche Erklärung für diejenigen Geschwornen und Zeugen ersetzt werden soll, welche Gewissensbedenken über die religiöse Eidesformel hegen; eine Geldbuße von 100 bis 1000 Frs. trifft diejenigen, welche die feierliche Erklärung und den religiösen Eid ablehnen. Der Kammerausschuß erklärte sich am 31. März für die Annahme einer einzigen u. z. nicht religiösen Formel. (Vgl. auch Gazette des tribunaux Nr. 17 061—64; Augsburg. Allg. Zeitung Nr. 100). — Die Société générale des prisons zu Paris verhandelte in den Sitzungen vom 14. Febr. und 14. März 1882 über den Regierungsentwurf eines Gesetzes sur la protection de l'enfance (s. den Text des Entwurfs im Bulletin der Gesellschaft 1881 S. 883, die Verhandlungen im Bulletin 1882 Nr. 2 u. 3). — Die Société générale de protection de l'enfance abandonnée et coupable wird im Juli d. J. zu Paris einen internationalen Kongreß abhalten, auf welchem auch die Behandlung der jugendlichen Verbrecher zur Sprache gebracht werden soll. — Der Ministerrat beschloß am 13. April, gegen die Schmutzlitteratur legislatorisch einzuschreiten; das öffentliche Ausrufen derartiger Schriften soll verboten, der Höchstbetrag der Geldstrafe von 200 auf 3000 Francs erhöht werden.

Charles Lucas befragt es in einem dem Institut de France am 14. Januar d. J. erstatteten Bericht, daß der internationale Gefängnis-Kongreß (welcher im J. 1883 zu Rom abgehalten werden soll), in Folge der von der internationalen Kommission am 2. November 1880 gefaßten Beschlüsse, einen rein bürokratischen Charakter angenommen habe. Nur in Verbindung mit den Vertretern der Wissenschaft sei ein befriedigendes Resultat zu erwarten. Die Antwort von Beltrania-Scalia (Rivista di disc. carc. XII S. 31) ist u. E. nicht geeignet, die von Lucas erhobenen Bedenken zu beseitigen. (Vgl. auch Rivista penale XV, Heft 4 u. 5 Umschlag.)

VII. Italien.

Die Rivista di discipline carceraria XII S. 67 bringt die Beschlüsse der zu Mailand am 12. bis 14. Oktober 1881 abgehaltenen Versammlung der Irrenärzte über den Gesetzentwurf sui manicomi criminali (vgl. Zeitschrift II S. 172); der Entwurf wird, vorbehaltlich einiger Verbesserungen, im allgemeinen gebilligt. — Die Statistik der Verbrecher (Gazetta ufficiale vom 20. Febr. 1882) zeigt für das Jahr 1881 eine ganz bedeutende Abnahme gegenüber 1880. — Die Strafbestimmungen der Legge elettorale politica vom 22. Januar 1882 (vgl. oben S. 346) sind in der Rivista penale XV S. 394 abgedruckt und erläutert.

VIII. **Österreich.**

Der Ausschuß des Abgeordnetenhauses zur Vorberathung des Antrages auf Aufhebung des Zeitungsstempels hat am 11. Febr. 1882 einen die Angelegenheit ad calendae graecas vertagenden Antrag des Abgeordneten Janderlik angenommen. — Der Antrag Friedmann, betr. den Schutz der österr. Staatsbürger gegen die Journale, ist in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 11. Febr. 1882 dem Strafgesetzausschusse zugewiesen worden. — Der Antrag Jaques, betr. die Abänderung des objektiven Verfahrens in Presssachen (vgl. Zeitschrift II S. 173) ist an ein Subkomitee verwiesen worden, nachdem der Justizminister Prazaik erklärt hatte, die Regierung sei gegen jede Erweiterung der Kompetenz der Geschworenen in Presssachen (13. Febr. 1882). — Der Entwurf eines Gesetzes, betr. strafrechtliche Bestimmungen über die Vereitelung von Zwangsvollstreckungen (Zeitschr. II S. 173) wurde nach den Plenarberatungen vom 24. und 27. Januar 1882 wieder an den Ausschuß zurückgeleitet. — Gleichzeitig mit dem bereits nahezu vollendeten neuen Aktiengesetze soll eine Novelle zum Strafgesetze eingebracht werden, welche sehr scharfe Bestimmungen gegen gewisse Vorgänge bei Aktiengesellschaften enthält. — Die zahlreichen Fälle von Verurtheilungen Unschuldiger, welche seit Einführung der Schwurgerichte vorgekommen sind, veranlaßten den Abgeordneten Roser den Antrag einzubringen, daß an unschuldig verurtheilte Personen aus Staatsmitteln eine Entschädigung zu gewähren sei. Die erste Lesung des Antrages fand am 4. März 1882 statt. Sie endete mit der Zuweisung des Antrages an den Strafgesetzausschuß. Dieser sprach sich am 15. März zu Gunsten des Antrages, gleichzeitig aber auch für die Gewährung einer Entschädigung an diejenigen Personen aus, welche schuldlos in Untersuchungshaft waren, und beauftragte ein Subkomitee, sich mit der Regierung wegen Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes ins Einvernehmen zu setzen. — Die Kommission des Herrenhauses ist am 3. April d. J. dem Gesetzentwurfe, betr. die Regelung des Verfahrens gegen das Tierseuchengesetz, beigetreten.

IX. **Rumänien.**

Am 6. März 1882 wurde das Gesetz publiziert, in welchem die unbefugte Veröffentlichung diplomatischer Akten mit Gefängnis bis zu zwei Jahren und Geldstrafen bis zu 10,000 Francs belegt wird. (Entwurf, eingebracht am 24. Januar 1882 durch den Minister des Aeußeren Statescu.)

X. **Schweden.**

Der Reichstag hat eine Änderung des Grundgesetzes über die Pressfreiheit vom Jahr 1812 angenommen, wodurch die Aufforderung zur Teilnahme an unerlaubten inländischen oder an ausländischen Lotterien mit Geldstrafe belegt wird. Solche Aufforderungen konnten bisher, obwohl sie nach gemeinem Rechte strafbar waren, doch, sobald sie in Druckschriften erfolgten und daher nach dem Pressgesetze von 1812 zu beurteilen waren, nicht mit Strafe belegt werden (mitgeteilt von Prof. Sagströmer in Upsala).

XI. **Schweiz.**

Der Kanton Schwyz besitzt ein neues „Kriminalstrafgesetz“ vom 20. Mai 1881 (§§ 117), welches mit 1. August 1881 in Kraft trat. (Die bei Mord,

Vergiftung, wiederholtem Kindesmord, Brandstiftung und andren gemeingefährlichen Verbrechen angebrohte Todesstrafe ist nach § 7 öffentlich mittels Enthauptung zu vollziehen.) — In Basel-Stadt ist mit 1. Januar 1882 ein „Gesetz betr. die Einleitung des Strafverfahrens“ vom 14. November 1881 in Kraft getreten, welches die Abschnitte II und III der Strafprozeßordnung von 1862 ersetzt (mitgeteilt von Professor Leichmann in Basel).

XII. Spanien.

Der Entwurf, betreffend die Reform des Strafverfahrens (Zeitschrift II S. 174) hat die Zustimmung des Senates gefunden. Der Beitritt des Abgeordnetenhauses ist zu erwarten. — Der Entwurf eines Strafgesetzbuches (das dritte seit 1843) behält die Todesstrafe bei, läßt dieselbe aber innerhalb der Gefängnismauern vollstrecken. Die Preßdelikte sind mit Beseitigung der Spezialgesetze über die Presse in den Entwurf aufgenommen worden. — In Juristentreisen sowie von seiten der fortschrittlichen Politiker befürwortet man die Wiedereinführung der Schwurgerichte, deren Beseitigung nach zweijährigem Bestande im Jahre 1874 wegen der ungünstigen Erfahrungen erfolgte, welche man mit denselben, vielleicht infolge ihrer mangelhaften Organisation, gemacht hatte.

(Mitgeteilt von Professor Carreras y Gonzalez in Madrid.)

XIII. Türkei.

Die von den fremden Mächten auf Grund der bestehenden Kapitulationen gestellte Forderung, daß bei Strafprozessen, welche vor den türkischen Gerichten gegen die Schutzbefohlenen der fremden Mächte geführt werden, ein Drago-man der betreffenden Macht anwesend sein solle, ist auf den Widerstand des Großwesirs gestoßen. Die Verhandlungen gerieten ins Stocken.

XIV. Ungarn und Kroatien.

Der erste, allgemeine Teil des Motivenberichtes zu dem Entwurf einer Strafprozeßordnung, verfaßt von dem Senatspräsidenten am obersten Gerichtshof, Seme-gi, ist erschienen (Budapest 1882, Aktienbuchdruckereigesellschaft). Derselbe behandelt in sechs Abschnitten folgende Fragen: I. Das Verhältnis der ungar. Justizgesetzgebung zu der Staatsverfassung. II. Die beiden entgegengesetzten Systeme des Strafprozesses. III. Das Inquisitionssystem. IV. Das System des ungar. Strafprozesses. V. Die Ausschließung der Schwurgerichte. VI. Die Durchführung des Anklageprinzipes. Besonders wertvoll sind der erste und vierte Abschnitt. Was die für die Ausschließung der Schwurgerichte angeführten Gründe betrifft, so läßt sich der Motivenbericht in keinerlei grundsätzliche Erörterungen über das Institut des Schwurgerichtes als solches ein, sondern sucht nur eingehend nachzuweisen, daß die Einführung der Schwurgerichte infolge der eigentümlichen Rationalitätenverhältnisse in Ungarn zur Zeit eine Unmöglichkeit sei, da es an der erforderlichen Anzahl von hinreichend qualifizierten Geschwornen fehle, namentlich an solchen, welche sämtliche in ihrem Bezirk üblichen Sprachen verstehen. Durch diesen letzteren Umstand werde das Prinzip der Unmittelbarkeit durchaus illusorisch gemacht. — In der Sitzung des Abgeordnetenhauses v. 11. Jan. d. J.

reichte der Justizminister Pauler den aus 4 Abschnitten und 26 §§ bestehenden Entwurf des Wuchergesetzes ein. Die Definition des Wuchers — diese Spitze aller Wuchergesetze — lautet nach § 1 des Entwurfes: „Wer die Verdrängnis, den Leichtsinn oder die Unerfahrenheit eines andern ausbeutend unter solchen Bedingungen Kredit gewährt oder Zahlungsfristen bewilligt, welche durch die ihm zugestanden übermäßigen Vermögensvorteile geeignet sind, den materiellen Ruin des Schuldners oder des Bürgen herbeizuführen, begeht das Vergehen des Wuchers.“ Ein Zinsenmaginimum wird nicht festgestellt. Sobald der Gläubiger die rückständigen Zinsen bis zum Betrag des Kapitals ohne Einforderung hat anwachsen lassen, erlischt das weitere Zinsenbezugsrecht. Die Ausbedingung von Zinseszinsen ist nicht gestattet. (Mitgeteilt von Prof. D. v. Melzl in Hermannstadt.)

XV. Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Die Bill gegen die Vielweiberei ist jetzt auch vom Repräsentantenhause angenommen und vom Präsidenten Arthur am 23. März unterzeichnet worden. Das Gesetz bestraft diejenigen, welche die vor Erlaß desselben eingegangene Doppelsehe fortsetzen, mit einer Geldstrafe von 300 Dollars oder 6 Monaten Gefängnis, entzieht ihnen das Wahlrecht und erklärt sie für unfähig zur Bekleidung eines Amtes. Wer nach der Publikation des Gesetzes der Polygamie schuldig befunden wird, soll mit Gefängnis bis zu fünf Jahren und außerdem mit einer Geldbuße von 500 Dollars bestraft werden. — In „The American Law Review“, Januar 1881, empfiehlt Wm. Reynolds die einheitliche Kodifikation des englisch-amerikanischen law of evidence. Als Grundlage könnte nach Ansicht des Verf. die Indian Evidence Act von 1872 und die von J. F. Stephen entworfene, im J. 1873 von dem damaligen Attorney-General (jetzt Chief Justice) Lord Coleridge im engl. Parlament eingebrachte Bill (vgl. Zeitschr. I S. 643) dienen. — In demselben Hefte unternimmt es der Herausgeber (Ch. F. Grinnell), die Vorwürfe zurückzuweisen, welche gegen die Leitung des Prozesses Guiteau erhoben wurden. Seine Bemerkungen dürften die Ansicht der europäischen Juristen, daß dieser Prozeß ein großes Schlaglicht auf die unglaubliche Verfehrtheit des vielgepriesenen amerikanischen Strafverfahrens geworfen hat, kaum erschüttern. — Guiteaus Zurechnungsfähigkeit bespricht Ch. F. Folsom in dem Februarheft derselben Zeitschr. Nach Ansicht des Verf. ist G. „an insane man“, aber die Geisteskrankheit nur in Verbindung mit „the criminal motive“ Ursache des Verbrechens, die Verurteilung demnach berechtigt. Auch im Albany Law Journal Dezember 1881 wird der Fall Guiteau sowohl von dem Herausgeber als auch von Professor Horace E. Smith (Albany) eingehend besprochen. (Vgl. auch unten S. 417 Lombroso's Archivio).